

Handwerkskammer Koblenz

Donnerstag, 9. Juni 2016

INFOS & SERVICE ONLINE UNTER HWK-KOBLENZ.DE

Nr. 11



REGIONALREDAKTION

Handwerkskammer Koblenz

Friedrich-Ebert-Ring 33, 56068 Koblenz

Verantwortlich: **Ass. jur. Alexander Baden**
 Kontakt: HwK-Pressestelle
 Telefon: 0261/ 398-161
 Fax: 0261/ 398-996
 E-Mail: presse@hwk-koblenz.de

Anzeigenberatung: **Gerd Schäfer**
 Telefon: 06501/ 60863 14
 E-Mail: schaefer-medien@t-online.de

WEITERBILDUNG



Ausbildung zum Mediator

Alternativen zur Streitbeilegung haben sich seit einigen Jahren haben sich Alternativen zur Streitbeilegung etabliert. Schlichtungsverfahren, Schiedsverfahren und Mediation bieten Möglichkeiten einer zeitnahen und kostengünstigeren Konfliktbearbeitung. Die Anforderungen, die an die Kommunikationsfähigkeiten des „Vermittlers“ gestellt werden, gehen weit über das gewohnte Kommunizieren hinaus. Konflikte zu lösen, setzt ein gewisses Maß an Können voraus. Schön ist, dass es jeder, der möchte, lernen kann. Voraussetzung ist ein positives Interesse an den Menschen – und eine entsprechende Ausbildung zum Mediator wie sie die Handwerkskammer (HwK) Koblenz anbietet.

Voraussetzungen: Das Angebot richtet sich an Personen in Führungspositionen, die an Methoden der alternativen Streitbeilegung und an Konfliktlösungen interessiert sind.

Themen (Auswahl): Mediationsverfahren, innerbetriebliche Mediation, Kommunikation und Gesprächsführung, Verhandlungstechniken und -kompetenzen, Rechtliche Betrachtung der Mediation, Supervision und Intervention.

Kosten: 2900 Euro

Termin: vom 11. November bis zum 10. Juni 2017. Insgesamt 9 Wochenenden, Freitags von 14 bis 20 Uhr, samstags von 9 bis 18 Uhr.

Anmeldung: Margarita Keil, Tel. 0261/398-322, margarita.keil@hwk-koblenz.de

Gesundheitsexperte/-in für KMU

Auch kleine und mittlere Firmen, insbesondere Handwerksbetriebe, stellen sich zunehmend die Frage, wie sie ihre Mitarbeiter gesund und leistungsfähig erhalten können. Hohe Fehlzeiten, Langzeiterkrankungen, Rückenprobleme und psychische Erkrankungen machen auch vor kleineren Unternehmen nicht halt. Hinzu kommt die Sorge, auch in der Zukunft noch Auszubildende und Fachkräfte zu finden. Maßnahmen zur Förderung der Gesundheit können hierbei nicht nur helfen den gesundheitlichen Herausforderungen entgegenzutreten, sondern auch Wettbewerbsvorteile beim Finden neuer Mitarbeiter zu erlangen. Vor diesem Hintergrund bietet die Handwerkskammer (HwK) Koblenz eine Qualifizierung zum Gesundheitsexperten oder zur Gesundheitsexpertin an.

Voraussetzungen: Der Lehrgang richtet sich branchenübergreifend an für dieses Thema verantwortliche Mitarbeiter aus KMU sowie an Fachkräfte aus der Fitness- und Gesundheitsbranche, Berater und Dienstleister.

Inhalte: Neben theoretischen Grundlagen wird anhand zahlreicher Praxisbeispiele aufgezeigt, wie Gesundheitsförderung passend für unterschiedliche Betriebsgrößen und Branchen gestaltet werden kann. Mit Hilfe von zur Verfügung gestellten Checklisten und Arbeitshilfen kann das Erlernete sofort in die Praxis umgesetzt werden. Beispiele sind Ernährung, Stressmanagement und Prävention.

Kosten: 2598 Euro, dazu Prüfungsgebühr in Höhe von 420 Euro. Für die Teilnahme am Lehrgang kann Meister-Bafög beantragt werden.

Termin: Die Weiterbildung besteht aus drei Blöcken, die für Oktober, November und Januar 2017 terminiert sind. Insgesamt ist die Weiterbildung auf acht Monate ausgelegt. Eine Informationsveranstaltung zum Angebot findet am Donnerstag, 8. September, im Zentrum für Ernährung und Gesundheit (ZEG) der HwK Koblenz statt.

Information und Anmeldung bei Siglinde Straeten, Tel. 0261/398-321 bildung@hwk-koblenz.de

Wo steht die Europäische Union?

INTERVIEWS: EU-Parlamentarier für Rheinland-Pfalz stehen vor der Abstimmung in Großbritannien Rede und Antwort

Zeitenwende im Vereinigten Königreich? Steht das, was Europäer über Jahrzehnte aufgebaut haben, auf dem Spiel? Wenn die Briten am Donnerstag, 23. Juni, über den Verbleib ihres Landes in der Europäischen Union abstimmen, wird es auf jeden Fall spannend. Umfragen zufolge dürften sich Befürworter und Gegner ein Kopf-an-Kopf liefern. Und so mancher befürchtet, dass die Folgen im Falle eines Votums für den Austritt für die gesamte EU dramatisch sein könnten. Denn in vielen Mitgliedsländern prägen inzwischen EU-Kritiker die politische Debatte.

Auch die für Rheinland-Pfalz und damit auch für den Bezirk der Handwerkskammer (HwK) Koblenz aktiven Europarlamentarier verfolgen die aktuellen Entwicklungen in Europa mit wachsender Spannung. Wir haben Birgit Collin-Langen (CDU), Dr. Werner Langen (CDU), Norbert Neuser (SPD), Jutta Steinruck (SPD) und Axel Voss (CDU) mit folgenden drei Fragen zur aktuellen Situation in Europa und den Folgen eines möglichen Austritts Großbritanniens aus der EU konfrontiert.

1 Teilen Sie die Befürchtung zunehmender politischer und gesellschaftlicher „Fliehkräfte“ in Europa? Was muss Ihrer Meinung nach unternommen werden, damit Europa eine starke Stellung international, aber auch für Wirtschaft und Beschäftigung in unserem Lande einnehmen kann?

2 Sehen Sie die Gefahr eines institutionellen Auseinanderdriftens der Union? Oder sollte es Ihrer Auffassung nach beispielsweise ein „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ geben? Sollte sich in bestimmten Politikbereichen – welche? – eine „Union der Willigen“ etablieren? Wie sehen Sie die zukünftige Rolle des Europäischen Parlaments gegenüber gestärkten nationalen Parlamenten?

3 Welche Ergebnisse erwarten Sie bei dem britischen Referendum im Juni dieses Jahres über einen Verbleib des Vereinigten Königreichs in der Europäischen Union? Welche Folgen sehen Sie im Falle eines britischen „NO“ für die Union?

Die EU-Parlamentarier haben ausführlich auf die Fragen der Redaktion geantwortet. Ihre Antworten haben wir jeweils in den Mittelpunkt eigenständiger Beiträge gestellt, die Sie auf dieser und auch auf der nächsten Seite lesen werden.

Um die Orientierung zu erleichtern, wiederholen wir in den drei folgenden Artikeln Fragen und Nummerierung.



Dr. Werner Langen (Koblenz/Oberfell)



Birgit Collin-Langen (Bingen)



Norbert Neuser (Boppard)



Axel Voss (Bonn)



Jutta Steinruck (Ludwigshafen)

Begeisterung für das europäische Friedensprojekt pflegen und entfachen

HERAUSFORDERUNGEN: So beantworten die fünf Interviewpartner die erste Frage

1 Teilen Sie die Befürchtung zunehmender politischer und gesellschaftlicher „Fliehkräfte“ in Europa? Was muss Ihrer Meinung nach unternommen werden, damit Europa eine starke Stellung international, aber auch für Wirtschaft und Beschäftigung in unserem Lande einnehmen kann?

Birgit Collin-Langen: Wir befinden uns zurzeit in schwierigen Zeiten, aber die Einsicht und Zuversicht in den einzelnen Mitgliedstaaten wächst stetig, dass wir nur gemeinsam und solidarisch Lösungen finden werden. Wir brauchen Europa, hierzu gibt es keine Alternative!

Die Europäische Union ist mehr als nur eine Wirtschaftsgemeinschaft. Die EU ist weltpolitisch einzigartig und ohne die politische Union würde Europa kein ernstzunehmender Partner für die anderen Wirtschaftsböcke in der Welt sein.

Deutschland als wirtschaftsstärkstes Land in der EU profitiert von einem starken und geschlossenen Europa. Wir müssen Europa zu dem machen, was wir von Europa erwarten! Daher gilt: „Better regulation“ für alle Vorhaben, nur große und wichtige Themen auf europäischer Ebene lösen, keine bürokratische Überfrachtung der KMU!

Werner Langen: Fliehkräfte in Europa gibt es. Sie beruhen auf vielfältigen Ursachen, zum Beispiel der unterschiedlichen Bewertung der Flüchtlingspolitik, Differenzen in der Energiepolitik, Unterschiede in der Wirtschaftsentwicklung und der Haushaltspolitik, aber auch im Erstarken politischer Kräfte, die den Weg zurück von einem geeinten Europa hin zu mehr nationaler Souveränität und Kompetenz anstreben, wie zum Beispiel Großbritannien. Heute in Zeiten der Globalisierung sind die

Herausforderungen größer geworden. Wir kämpfen gegen Terrorismus, gegen Armut in der Welt, gegen das Wiedererstarken militärischer Blöcke, gegen die Veränderung der wirtschaftlichen Schwerpunkte von Europa nach Asien, gegen den steigenden Unwillen Amerikas als Weltpolizei zu agieren und müssen deshalb überlegen, welche Herausforderungen Europa in Zukunft gemeinsam gestalten muss. Dazu gehört nach meiner Überzeugung eindeutig eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, eine gemeinsame Einwanderungspolitik und eine bessere Entwicklungspolitik, weil Armut eine der Ursachen für Flüchtlingsströme ist und auch bleiben wird.

Norbert Neuser: Wir spüren es eigentlich alle: Europa befindet sich in einer außergewöhnlichen Lage. All das Positive, dass über Jahrzehnte aufgebaut wurde, wird derzeit verdrängt. Probleme, wie zum Beispiel die Griechenlandkrise und die Flüchtlingskrise zehren an der Solidarität und damit an den Fundamenten Europas.

Europas Stärken und Vorteile müssen immer wieder herausgestellt werden, aber auch die Defizite dürfen nicht ignoriert werden. Das Europäische Friedensprojekt darf nicht durch die Populisten von links und rechts zerstört werden. Soweit können und dürfen wir es nicht kommen lassen. Den „Fliehkräften“ in Europa muss ein starkes Zeichen des Zusammenhalts entgegen gesetzt werden.

Damit Europa eine starke Stellung im internationalen Vergleich beibehalten kann, ist es erforderlich, dass Europa sich nicht auseinander dividieren lässt.

Jutta Steinruck: Betrachtet man die Entwicklung der Europäischen Union in den

letzten Jahrzehnten, so muss man unweigerlich von einer Erfolgsstory sprechen. Wer die Errungenschaften jedoch nicht hegt und pflegt, der kann in Windeseile das zerstören, was über Jahre hinweg mühsam aufgebaut wurde. Die aktuelle Situation birgt zweifelsohne eine gewisse Brisanz. Wir Europapolitiker dürfen deshalb keine rosarote Brille aufsetzen, aber ich warne im Umkehrschluss auch davor, die Lage überzudramatisieren. Eine starke internationale Stellung sehe ich schon jetzt als gegeben, denn ohne unsere Exporte in andere EU-Mitgliedsstaaten könnte Deutschland zum Beispiel einpacken. Gleichwohl müssen wir jedoch daran arbeiten, den Arbeitsmarkt und vor allem die Ausbildungsabschlüsse noch stärker zu harmonisieren.

Axel Voss: Wir müssen leider feststellen, dass es heute eine große Verunsicherung in Europa gibt. Die zahlreichen Krisen haben hierzu sicherlich stark beigetragen.

Europapolitik muss zukünftig deshalb vor allem darin bestehen, die Identifikation mit der EU durch Überzeugung aufrecht zu erhalten und auszuweiten. Hierzu brauchen wir in den zentralen politischen Fragen, wie den Kampf gegen den Terror oder bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise, gemeinsame Lösungen. Kein Nationalstaat kann diese Probleme alleine bewältigen. Aber gleichzeitig gilt, wir brauchen mehr Europa dort, wo es uns nützt, und kein Europa, das alle Details unseres Zusammenlebens reglementiert. Wir müssen hier klare Prioritäten setzen. Dies ist auch für Wirtschaft und Beschäftigung sowie den EU-Binnenmarkt ein zentraler Punkt.

Fortsetzung des Interviews auf der zweiten Kammerseite Koblenz.

Gründerseminar

Entscheidend für eine Selbstständigkeit

Fachliche, aber insbesondere kaufmännische Kenntnisse sind entscheidend für den wirtschaftlichen Erfolg beim Start in die Selbstständigkeit. Die Handwerkskammer (HwK) Koblenz verweist auf ein Existenzgründerseminar am Freitag und Samstag, 17./18. Juni. Es vermittelt wichtige Grundlagen im betriebswirtschaftlichen, steuerlichen und rechtlichen Bereich. Infos unter Tel. 0261/398-251, Tel. 0261/398-249.

Tagesseminar

Energieeffizienz in kleineren Betrieben

Die Energiekosten in kleinen und mittleren Unternehmen haben mittlerweile eine Größenordnung erreicht, die an die Gewinnspanne des Betriebes heranreichen kann. Es bestehen Energieeinsparpotentiale bei veralteten, überdimensionierten oder falsch eingestellten Anlagen, Leckagen in Druckluftnetzen, fehlenden Regelungen und bei falschem Nutzerverhalten. Durch gezielte Optimierung lässt sich die Energieeffizienz im Unternehmen steigern. Das reduziert den Energieverbrauch und senkt die Kosten. Die HwK Koblenz lädt für Mittwoch, 7. September, von 8.30 bis 16 Uhr zu einem Tagesseminar zum Thema ein. Die Teilnahme kostet 49 Euro. Ausführliche Informationen und Anmeldung bei Mathilde Braun, HwK-Zentrum für Umwelt und Arbeitssicherheit, Tel. 0261/398-653, mathilde.braun@hwk-koblenz.de.

Politiker über Europa der zwei Geschwindigkeiten

CHANCEN: So beantworten die für den HwK-Bezirk zuständigen Parlamentarier die zweite Frage

Mit dem Vertrag von Lissabon wurde die Grundlage für eine Union gelegt, die über die reine wirtschaftliche Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten weit hinaus geht. Das birgt Chancen, Risiken und Konfliktpotenziale. Im zweiten Teil unseres Interviews nehmen die Europarlamentarier aus der Region zu den aktuellen Entwicklungen Stellung, wobei sie auch die Bedeutung des EU-Parlamentes hervorheben.

Sehen Sie die Gefahr eines institutionellen Auseinanderdriftens der Union? Oder sollte es Ihrer Auffassung nach beispielsweise ein „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ geben?

Birgit Collin-Langen: Wünschenswert ist selbstverständlich, dass sich die EU nicht in ein „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ teilt. Dennoch zeigen die unterschiedlichen Integrationsstufen Kluft zwischen den einzelnen Ländern auf. Keiner kann vorhersehen, wie sich die einzelnen Mitgliedsstaaten in den kommenden Jahren entwickeln werden. Eins steht für mich aber fest: Die Krisen der Gegenwart können wir nur auf europäischer Ebene lösen! Die Gründe, die seinerzeit zur Gründung der EU geführt haben, sind auch heute noch gegeben. Die Sicherung des Friedens und der Freiheit ist heute ebenso aktuell wie vor 66 Jahren. Frieden wird nie eine Selbstverständlichkeit werden, dazu müssen wir nur in unsere direkte Nachbarschaft schauen.

Werner Langen: Die Gefahr eines institutionellen Auseinanderdriftens der Union ist nicht neu. Einige Mitgliedsstaaten wollen Europa zu einer gehobenen Freihandelszone zurück entwickeln, in der weitere Volkswirtschaften und Staaten einen Platz haben könnten.

Das deutsch-französische Modell einer Vertiefung der Union und einer Ausweitung der Zusammenarbeit, etwa in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik, ist der richtige Weg. Die Modelle dazu liegen seit langem vor. Schäuble hat mit dem damaligen bayerischen Europaminister Bocklet

bereits im Jahre 2001 ein Konzept für Kern-europa, also ein Europa der zwei Geschwindigkeiten, vorgelegt. Sollten die Briten in Kürze sich für einen Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union entscheiden liegen Alternativen vor. Das ist keine optimale Lösung, aber möglicherweise eine Lösung, um insbesondere Deutschland und Frankreich in einem künftigen Europa wieder näher aneinander zu binden. Die Rolle des Europäischen Parlaments wird nicht mehr auf die beschränkten Kompetenzen zurückgeführt werden können, die in den ersten Jahrzehnten zu verzeichnen waren. Heute ist das Parlament gleichberechtigter Gesetzgeber in fast allen europäischen Fragen. Lediglich in der Außen- und Sicherheitspolitik und in der Steuerpolitik, sowie in Teilen der Wettbewerbspolitik werden wir mehr Kompetenzen bei der nächsten Vertragsänderung durchsetzen können. Den nationalen Parlamenten obliegt die Aufgabe die europapolitischen Entscheidungen der Regierungen im Ministerrat nicht nur im Nachhinein zu kommentieren, sondern vorab mitzuentcheiden und mitzubestimmen. Dies würde auch im Falle der Bundesrepublik Deutschland einen erheblichen Vorteil bringen, weil heute leider die Bundesregierung oftmals durch Blockaden im Bundesrat oder durch Probleme der unterschiedlichen Regierungskoalitionen erst sehr spät eine belastbare Haltung im Gesetzgebungsprozess festlegt.

Norbert Neuser: Wenn wir über Europa sprechen, so ist das ein politisch gewollter, freiwilliger Zusammenschluss von 28 Mitgliedsstaaten mit über 500 Millionen Einwohnern. Dass es bei einem solch großen „Haus“ auch mal etwas knirscht, ist meines Erachtens nichts Ungewöhnliches. Ein institutionelles Auseinanderdriften der Europäischen Union kann ich nicht erkennen.

Ich weiß, dass es Befürworter eines Konzepts eines Europas mit mehreren Geschwindigkeiten gibt. Ein Europa der zwei Geschwindigkeiten lehne ich jedoch ab. Durch den Lissabonner Vertrag wurde das

Europäische Parlament nachhaltig gestärkt. Und spätestens seit der Staatsschuldenkrise in der Europäischen Union ist auch klar, dass die nationalen Parlamente bei der Ratifizierung oder Änderung der entsprechenden Rettungspakete mit dem Europäischen Parlament eng zusammenarbeiten.

Jutta Steinruck: Die Haltung und Handlungen einiger Mitgliedsstaaten sind aktuell sehr bedenklich, gerade wenn man an Grenzschließungen und so weiter denkt. Europa kann nur erfolgreich agieren, wenn die einzelnen Mitgliedsstaaten gemeinsam an einem Strang ziehen und ihre nationalen Interessen hintenanstellen. Von einer „Zweiklassengesellschaft“ innerhalb der Union halte ich generell wenig. Wir sollten alles daran setzen, verbindliche Standards für ganz Europa zu setzen. Wenn einzelne Mitgliedsstaaten diese als zu niedrig erachten, wird sie niemand davon abhalten, höhere in ihrem eigenen Land zu etablieren. Ob Sie in diesem Zusammenhang von einer „Union der Willigen“ sprechen, spielt in diesem Zusammenhang keine Rolle, aber ich warne davor, die einzelnen Mitgliedsstaaten in irgendeiner Art und Weise zu separieren.

Axel Voss: Generell sollte die EU versuchen, in den zentralen Fragen, wie der Inneren Sicherheit, der Energiepolitik oder der Außen- und Sicherheitspolitik, gemeinsame Antworten zu finden. Allerdings gibt es ja auch heute schon zum Beispiel bei der Währung oder beim Schengenraum unterschiedliche Geschwindigkeiten. Manchmal ist es schwierig, alle 28 Mitgliedsstaaten unter einen Hut zu bekommen. Wenn beispielsweise bei der Terrorabwehr einige Länder aufgrund einer gestiegenen Bedrohungslage schneller voranschreiten, kann uns das nur helfen. Wichtig ist, dass diese Lösungen später immer für alle offen stehen. Ich habe keine Probleme mit der Rolle der nationalen Parlamente, könnte mir aber vorstellen, dass Europäische Parlament durch ein eigenes Initiativrecht, das bisher nur die EU-Kommission hat, zu stärken.

„Brexit“ würde EU und auch Briten selbst schaden

REFERENDUM: Im Falle eines Austritts würde Union 13 Prozent ihrer Bevölkerung verlieren

Treten die Briten aus der Europäischen Union aus oder bleiben sie drin? Über diese Frage wird am Donnerstag, 23. Juni, entschieden. Viele Experten in Europa und in den Vereinigten Staaten sind sich darüber einig, dass im Falle eines Austritts des Vereinigten Königreichs nicht nur die Europäische Union Schaden nehmen wird, sondern, dass die Briten selbst am meisten an den Konsequenzen eines Negativ-Votums leiden werden – und zwar in allen Bereichen der weltweit vernetzten Wirtschaft. Die Euroskeptiker im Vereinigten Königreich halten dagegen. Natürlich haben wir auch die fünf Europarlamentarier aus der Region gefragt, wie sie die Situation im Falle eines Verbleibs oder Austritts Großbritanniens in der Union bewerten.

Welches Ergebnis erwarten Sie bei dem britischen Referendum im Juni dieses Jahres über einen Verbleib des Vereinigten Königreichs in der Europäischen Union? Welche Folgen sehen Sie im Falle eines britischen „NO“ für die Union?

Birgit Collin-Langen: Der Ausgang des Referendums ist für mich nicht vorhersehbar. Selbstverständlich wünsche ich mir, dass das Vereinigte Königreich Mitglied der EU bleibt. Das Vereinigte Königreich ist innerhalb der EU drittgrößte Nation, zweitgrößte Volkswirtschaft und zusammen mit Frankreich stärkste militärische Macht. Ein „NO“ würde der wirtschaftlichen Stabilität der EU und dem Ansehen Europas in der Welt schaden. Für Deutschland ist das Vereinigte Königreich immer ein verlässlicher Partner, wenn es um Fragen der Wirtschaftspolitik sowie der Außen- und Sicherheitspolitik geht. Hier sind die Briten uns viel näher als unsere Nachbarn aus den südlichen Mitgliedsstaaten.

Werner Langen: Ich bin kein Wahrsager. In Großbritannien wird heftig um die Mit-

gliedschaft in der EU gestritten. Dabei ist die Regierung Cameron in einer selbst verschuldeten misslichen Lage, weil Sie die Europagegner und die Europaskeptiker der britischen Öffentlichkeit in den letzten Jahren immer wieder gestärkt und untermauert hat und jetzt plötzlich Angst vor den wirtschaftlichen und politischen Folgen einer Isolierung Großbritanniens hat.

Ich persönlich hoffe, dass die Briten die Weitsicht haben und Mitglied der Europäischen Union bleiben und gegebenenfalls damit ein wesentlicher Treiber für die notwendigen Reformen der europäischen Institutionen und der europäischen Agenda werden. Sollte Großbritannien 2017 aus der Europäischen Union austreten, wird dies für Großbritannien erhebliche, weitreichende, wirtschaftliche Folgen haben, während die Europäische Union sich auch ohne Großbritannien in Zukunft behaupten könnte, wenn auch in einer veränderten politischen Gesamtlage.

Wer unbedingt gehen will, sollte gehen, auch wenn dies möglicherweise keine gute Lösung für alle Beteiligten wäre. Europa wird daran nicht scheitern.

Norbert Neuser: Ich gehe davon aus, dass die Briten beim Referendum mehrheitlich für einen Verbleib des Vereinigten Königreichs in der Europäischen Union votieren werden.

Was die möglichen Folgen eines Brexit für die Europäische Union betrifft, so möchte ich mich nicht dem Reigen der diversen Horrorszenerarien anschließen. Aber eines ist klar: Ein „Rückzug ins Nationale“ ist definitiv die falsche Antwort auf die internationalen Krisen bzw. auf die Herausforderungen, vor denen die Europäische Union steht. Die Probleme, wie zum Beispiel die Terrorbedrohung, die Krisen in Nordafrika oder das Migrationsmanagement, können nach-

haltig nur mit einer starken Europäischen Union gemeistert werden. Europa muss enger zusammenarbeiten. Wir brauchen kein Europa der Egoisten, sondern ein solidarisches Europa.

Jutta Steinruck: Ich kann nur hoffen, dass sich die Briten zu Europa bekennen und wenn es zunächst einmal nur aus egoistischen Motiven sein sollte. Großbritannien gehört zu den größten Profiteuren im Bereich des Binnenhandels, sodass ein Austritt fatale Folgen für die nationale Wirtschaft haben könnte. Doch auch Europa hat ein Interesse daran, dass es zu keinem „Brexit“ kommt. Dies wäre ein bedenkliches Zeichen für die Union und die Gefahr ist groß, dass einige rechtspopulistischen Parteien versuchen würden auf diesen Zug aufzuspringen. Insgesamt bin ich jedoch zuversichtlich, dass das Referendum einen positiven Ausgang nimmt.

Axel Voss: In Großbritannien herrscht schon seit vielen Jahren eine Europaskepsis vor, sodass der Ausgang des Referendums nur schwer vorhersehbar ist. Ich glaube es wird auf jeden Fall knapp. Ein Austritt Großbritanniens aus der EU hätte eine verheerende Symbolwirkung und wäre ein Beitrag zur Selbstzerstörung Europas.

So würden wir als Europäische Union auf einen Schlag 13 Prozent unserer Einwohner verlieren und es würde politisch schwieriger mit den USA, Russland oder China auf Augenhöhe zu verhandeln. Weiterhin wären mit einem Austritt der zweitgrößten Volkswirtschaft der Europäischen Union erhebliche wirtschaftliche Folgen verbunden. So würde der EU-Binnenmarkt dann nicht mehr in gleichem Umfang funktionieren und wir würden gleichzeitig den zweitgrößten Nettozahler in der EU verlieren, was letztendlich Deutschland auffangen müsste.



Feierliche Schlüsselübergabe eines fabrikneuen Hyundai i10 als Bildungsträger an die HwK Koblenz durch (vordere Reihe von links) Mark Scherhag, Alexander Baden, Zentrumsleiter Dr. Friedhelm Fischer und Frank Feld zusammen mit HwK-Ausbildungsmeistern und Jan Lake (Hyundai, 3. von rechts)

„Kleiner Weißer“ für die Ausbildung

ÜBERGABE: Hyundai i10 für HwK-Werkstatt

Klein aber fein – so beschreiben die Hyundai-Verantwortlichen den i10, den sie jetzt zusammen mit Mark Scherhag, Geschäftsführer des gleichnamigen Koblenzer Autohauses, der Handwerkskammer (HwK) Koblenz für Aus- und Weiterbildungszwecke übergeben haben. Lehrlinge, Gesellen und Meister in den Kfz-Bildungswerkstätten können ab sofort den Neuwagen im Wert von 10.000 Euro für die „Grundvermittlung von Kfz-Einstiegstechnologien nutzen“, wie Frank Feld, Hyundai-Distriktleiter Aftersales Rheinland-Pfalz/Saarland, bei der Übergabe betonte.

„Es ist wichtig, dass wir bei der Aus- und Weiterbildung an Technologie-trägern der aktuellen Generation schulen können. Dafür bietet der moderne Kleinwagen ideale Möglichkeiten“, bedankte sich HwK-Hauptgeschäftsführer Alexander Baden.

69 PS Leistung, die aus einem 1,1-Liter-Vierzylindermotor (Benzin) gewonnen werden, ausgestattet mit allerhand Extras und 22 Kilometer auf dem Tacho des „kleinen Weißen“ – das sind die technischen Merkmale des Hyundai, an dem Wissen und Kenntnisse zu Motortechnik, Fahrzeugelektrik oder Diagnoseverfahren vermittelt

werden. „Will man das erfolgreich und praxisorientiert umsetzen, sind aktuelle Fahrzeugmodelle unverzichtbar“, unterstrich Mark Scherhag als Koblenzer Hyundai-Händler und HwK-Vizepräsident. Hyundai selbst unterstützt diese Ansprüche zum wiederholten Male, denn schon 2015 bog ein i40 in den HwK-Werkstätten ab und dient seitdem erfolgreich als PS-Bildungsträger.

Aktuell werden in Handwerksbetrieben der Wirtschaftsregion Mittelrhein 1.334 Jugendliche im Kfz-Handwerk ausgebildet und absolvieren im Rahmen der dualen Ausbildung die Überbetriebliche Lehrunterweisung bei der HwK Koblenz. „Hier erhalten sie ein umfangreiches und herstellerübergreifendes Fachwissen, das die Ausbildung im Betrieb und der Berufsschule ergänzt“, erläutert die HwK Koblenz und arbeitet bei den Schulungseinrichtungen mit namhaften Herstellern von Fahrzeugen, Zubehör oder Diagnosegeräten zusammen – eine wichtige und unverzichtbare Säule der erfolgreichen Aus- und Weiterbildung.

Infos zur Aus- und Weiterbildung im Kfz-Bereich bei der HwK Koblenz: Tel. 0261/398-511, metz@hwk-koblenz.de.

Betriebsübernahme: Chance für Frauen

BERATUNGSTAG: HwK Koblenz informiert

In Deutschland steht in den kommenden fünf Jahren in rund 135.000 kleinen und mittelständischen Unternehmen die Übergabe an. Hier bieten sich für Frauen unterschiedlichste Chancen und Möglichkeiten, eine erfolgreiche Existenz aufzubauen.

Vor diesem Hintergrund findet am Dienstag, 14. Juni, im Rahmen des nationalen Aktionstages „Unternehmensnachfolge durch Frauen – Nachfolge ist weiblich“ ein Beratungstag in der Handwerkskammer

(HwK) Koblenz statt. Interessierte Frauen werden von 9 bis 16 Uhr in einem persönlichen Gespräch kostenlos beraten.

Mit ihrem Aktionstag will die HwK Koblenz erreichen, dass sich mehr Frauen für die Unternehmensnachfolge interessieren und Unternehmen das Potenzial ihrer Mitarbeiterinnen bei der Nachfolgeplanung stärker berücksichtigen. Ausführliche Auskünfte und Terminvereinbarung bei der HwK Koblenz, Tel. 0261/ 398-257.



Julia Mendling, Master of Science in Business Management, ist seit Ende 2014 Inhaberin vom Autohaus Mendling in Urmitz. Sie hat den 1951 gegründeten Familienbetrieb von ihrem Vater übernommen.